

TAZ, 10.06.2023, Gastkommentar von Wolfgang Benz

Vertreibung der Palästinenser: Kleinlaute Ratlosigkeit

Beim Kirchentag darf die Nakba-Ausstellung nicht gezeigt werden. Aber nicht jeder Zweifel an der israelischen Besatzungspolitik ist antisemitisch.



„Nakba“-Tag in Gaza-Stadt am 15. Mai 2016 Foto: Ali Jadallah/Anadolu Agency/picture alliance

Eine Zensur findet nicht statt – dieser Satz steht im Grundgesetz, der die Meinungsfreiheit aller Bürger garantiert. Zensur als staatliche Maßnahme, mit der Inhalt, politische Tendenz, gesellschaftliche Konformität geprüft und dann genehmigt oder verboten werden, gibt es tatsächlich nicht.

Ein anderer Brauch bürgert sich jedoch stattdessen ein: Zu charakterisieren wäre er als stillschweigende Behinderung oder Unterbindung unerwünschter Debatten aus Konfliktscheu, aus kleinlauter Ratlosigkeit, aus Realitätsverweigerung oder Feigheit. Die Probleme existieren weiter, die Weigerung, sie zu erkennen und zu benennen, schafft sie nicht aus der Welt, sondern verstetigt sie, statt sie zu lösen oder auch nur zu verstehen.

Nun wurde die sogenannte Nakba-Ausstellung vom Bannstrahl der Verantwortungsträger des derzeit laufenden Evangelischen Kirchentags in Nürnberg als Maßnahme vorausseilenden Missionseifers getroffen. Die Organisatoren der Ausstellung dürfen zwar wie bisher ihren Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ errichten, aber mit der ausdrücklichen Auflage, die Ausstellung nicht zu zeigen.

Die Nakba-Ausstellung, konzipiert vom Verein „Flüchtlingskinder im Libanon e. V.“, kuratiert und organisiert von Ingrid Rumpf, gefördert vom Evangelischen Entwicklungsdienst

e. V. und der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg, wurde begrüßt und gelobt von Wissenschaftlern und Sachkundigen.

Flucht und Vertreibung auch deutsches Thema

In Deutschland geriet die Ausstellung ins Visier obrigkeitlichen Argwohns, nachdem sie eineinhalb Jahrzehnte lang gefördert worden war. [Denunziert wurde sie schon lange zuvor von jenen, die mit viel Emotion unterwegs sind](#), um vermeintliches Unheil durch Zensur – nein: durch Unterbinden der Diskussion über das Problem – zu verhindern.

Das Wort [Nakba \(Zerstörung, Unglück, Katastrophe\)](#) umschreibt die Erfahrung des Heimatverlustes palästinensischer Familien anlässlich der Staatsgründung Israels 1948. Flucht und Vertreibung waren am Ende des Zweiten Weltkriegs auch ein deutsches Thema. Integration war von den Besatzungsmächten geboten und in beiden deutschen Staaten in erstaunlich kurzer Zeit erreicht.

Den Flüchtlingen und Vertriebenen aus Palästina war ein ärgeres Schicksal beschieden: Der Unterschied besteht darin, dass ein großer Teil der mehr als 700.000 Palästinenser, die in der Nakba ihre Heimat verloren, zum Generationen dauernden Lagerleben verurteilt war. Sie werden als Faustpfand und Drohpotenzial gegen Israel missbraucht, wo ihre Forderung nach Rückkehr zu Recht Furcht und Schrecken verbreitet. Den Palästinensern, die durch die Gründung Israels ihre Heimat verloren, wird 75 Jahre später immer noch das Minimum, die trauernde Erinnerung daran, verweigert.

Ausstellung ist notwendig als Denkanstoß

Aus unterschiedlichen Gründen ist sie in Israel nicht Bestandteil der Erinnerungspolitik und in Deutschland wenn nicht völlig unbekannt, dann als vermutete Parteinahme für Palästina und Affront gegen Israel stigmatisiert. Das erfahren auch die wenigen, die über den historischen Sachverhalt informieren wollen, auf Schritt und Tritt.

Die Ausstellung ist notwendig als Denkanstoß, und sie ist entgegen kleinmütiger Anfeindung seit 2008 mit Erfolg unterwegs. [Bald erreicht sie die 200. Station](#). Auf dem Ökumenischen Kirchentag in München (2010), den Evangelischen Kirchentagen in Hamburg (2013), Stuttgart (2015), Berlin (2017), Dortmund (2019) wurde sie gezeigt. Sie stand in Straßburg im Europaparlament und in Genf im Haus der Vereinten Nationen.

Nicht jeder Zweifel am Ziel Jahrzehnte wählender Besatzungspolitik, nicht jeder Hinweis auf das Völkerrecht, nicht jede Kritik an politischen Aktivitäten des Staates Israel ist Ausdruck judenfeindlicher Gesinnung oder eines rabiaten Antisemitismus.

Angriffe aus dem besetzten Gebiet gegen israelische Bürger finden bei keinem vernünftigen Menschen Beifall, und judenfeindliche Hassparolen auf Palästinenserdemonstrationen in Deutschland sind abscheulich und unerträglich. Aber Mitleid mit dem Schicksal palästinensischer Kinder ist nicht gleichbedeutend mit Liebesentzug für den Staat, in dem Juden eine sichere Heimat haben sollen. Solidarität mit Israel ist schon aus Scham über die deutsche Schuld selbstverständliche deutsche Staatsräson.

Kirchentag sollte Diskussionsraum sein

Ignorieren und verhindern, dass auch über anderes Leid als das der Juden gesprochen wird, so der Publizist Micha Brumlik, birgt die Gefahr, dass israelbezogener Antisemitismus, der

Aufklärung entzogen, „erst recht verstärkt wird: indem man dem Kirchentag und seinen auch jüdischen Teilnehmern nun leicht vorwerfen kann, die Wahrheit zu verschweigen.“

In der unfreien Gesellschaft der DDR war die evangelische Kirche für viele der einzige Ort freier Diskussion und offener Auseinandersetzung. Von solch stolzer Tradition ist in der Freiheit bundesrepublikanischer Gegenwart nicht viel zu spüren. Wesentliches Element protestantischer Ethik ist allerdings die Überzeugung, dass christlicher Glaube nur lebendig ist, wenn er in die Gesellschaft wirkt.

Wege dorthin soll vor allem der Kirchentag erschließen, als Diskussionsforum, auf dem Christen und Nichtchristen, Politiker und Intellektuelle, Fromme und Zweifler sich treffen zur Verständigung oder zum Streit über bewegende Fragen der Gegenwart. Die Einladung zur öffentlichen Debatte ist in einer Zeit, in der sich Bürger von den Kirchen abwenden, wichtiger denn je. Umso beklagenswerter die Verweigerung, die das Präsidium des Kirchentags nun verfügte.

In der Stellungnahme des Vereins, dem die Präsentation der Ausstellung entzogen wurde, heißt es, das Präsidium schließe Diskussionsräume, anstatt sie zu öffnen. Das widerspreche dem Anliegen des Kirchentags: „Wir verbinden Hoffen und Machen und knicken bei Krisen nicht ein.“ Oder doch?